

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

79. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Warum ist ein Entwurf für eine gesetzliche Grundlage für die Auswahl zwischen mehreren Standorten für ein Endlager für wärmeentwickelnde radioaktive Stoffe in der Vorhabenplanung der Bundesregierung nicht für einen Kabinettermin in diesem Jahr vorgesehen, und ist aus diesem Umstand zu schlussfolgern, dass eine solche Vorlage für eine Beschlussfassung im Kabinett in diesem Jahr nicht mehr zu erwarten ist?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin
Ursula Heinen-Esser
vom 26. September 2011**

Die Bundesregierung hat in ihrer Protokollerklärung zum Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes in der Sitzung des Bundesrates vom 8. Juli 2011 bekräftigt, dass die Generationen, die die Kernenergie nutzen, auch für die Lagerung der anfallenden radioaktiven Abfälle Sorge tragen müssen und erklärt, dass dies die ergebnisoffene Weitererkundung des Salzstocks in Gorleben ebenso einbezieht wie ein Verfahren zur Ermittlung allgemeiner geologischer Eignungskriterien und möglicher Entsorgungsoptionen. Sie hat weiter erklärt, dass sie bis Ende dieses Jahres dazu einen Vorschlag für eine gesetzliche Regelung unterbreiten wird. Hieran hat sich nichts geändert.

Die Bundesregierung wird hierzu alle Bundesländer einladen und zu Gesprächen bitten.

80. Abgeordneter
**Fritz Rudolf
Körper**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass das Unternehmen Telefonica O2 Germany sich im Falle der Standortauswahl für die Errichtung einer Mobilfunksendeanlage in der Ortsgemeinde Kempfeld (Verbandsgemeinde Herrstein, Landkreis Birkenfeld, Rheinland-Pfalz) nicht an die im Rahmen der Selbstverpflichtung vereinbarten Abstimmungsprozesse gehalten hat, indem sie die Acht-Wochen-Frist nicht einhielt und diese Frist mit der Vorabangabe eines anderen, unkritischen Standorts zu erfüllen vorgab und kurzfristig einen Standort festlegte, der gegen den Willen der Gemeindeverwaltung und trotz massiver Widerstände in der Bürgerschaft in Betrieb genommen wurde, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieses Falles zu ergreifen, um den Vereinbarungen der Selbstverpflichtungserklärung durch den Mobilfunkbetreiber Telefonica O2 Geltung zu verschaffen?